



# Handschlagverweigerung ist rechtlich zulässig

Die Linksfraktion im Thüringer Landtag zeigte sich erfreut angesichts des Ergebnisses der Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Meiningen am 25. November. Der Thüringer NPD-Landesvorsitzende und Eisenacher Stadtrat Patrick Wieschke hatte gegen die Oberbürgermeisterin von Eisenach, Katja Wolf (LINKE), geklagt, weil diese im Juni bei der Vereidigung der kommunalen Mandatsträger auf den Handschlag mit den drei NPD-Stadträten, darunter Wieschke, verzichtete.

Das Verwaltungsgericht erkannte keine rechtliche Pflicht, den NPD-Mann per Handschlag zu verpflichten und lehnte seine Klage formal ab.

Bereits am 26. August hatte die Landesregierung auf eine Kleine Anfrage (DS 5/8138) der LINKE-Abgeordneten Katharina König geantwortet, dass die Thüringer Kommunalordnung eine solche Pflicht nicht erkennen lasse.

## Rechten Straftätern die kalte Schulter zeigen

Wörtlich hieß es, dass es seitens der Landesregierung für ausreichend erachtet werde, „wenn das Gemeinderatsmitglied durch ausdrückliche Erklärung bestätigt und bekräftigt, dass es sich der besonderen Bedeutung des Ehrenamtes des Gemeinderatsmitgliedes bewusst ist und sich zur gewissenhaften Pflichterfüllung bereit erklärt. Eine Verpflichtung im Sinne des Paragraphen 24 Abs. 2 Satz 1 Thüringer Kommunalordnung setzt danach nicht zwingend einen ‚Handschlag‘ voraus. Eine diesbezügliche Bestätigung der Verpflichtung der Gemeinderatsmitglieder ist ledig-

lich ordnungspolitischer Natur und zieht bei entsprechender Unterlassung weder den Amtsverlust des Gemeinderatsmitgliedes nach sich, noch liegt eine Amtspflichtverletzung des Bürgermeisters vor“.

Auch das Gericht bezog sich auf diese Ausführungen. Dazu erklärte Katharina König: „Es ist gut, dass nun auch durch ein Gericht Rechtssicherheit dahingehend gegeben wurde, dass Landräte und Bürgermeister in Thüringen keine Konsequenzen zu erwarten haben, wenn sie Neonazis und vorbestraften Volksverhetzern den Handschlag bei der Vereidigung verweigern. Es bleibt zu hoffen, dass auch bei künftigen Wahlen weitere kommunale Parlamente und deren Vorsteherinnen und Vorsteher mit dieser symbolischen Geste menschenverachtendem Gedankengut und rechten Straftätern die kalte Schulter zeigen.“

Auf die Frage, welche weiteren Städte und Gemeinden auf den Handschlag gegenüber NPD-Vertretern 2014 verzichteten, benannte die Landesregierung die Städte Greiz, Meiningen, Bad Frankenhausen sowie Ebeleben.

## Die Gerichtsverhandlung im Pressespiegel

Die Thüringische Landeszeitung (TLZ) berichtete über die Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Meiningen (Ausgabe v. 26.11.) u.a.:

„Wolf hatte dagegen argumentiert, dass dem Handschlag eher eine symbolische Bedeutung zukomme. Ihr sei es wichtig, so Wolf vor Gericht, in ihrem Handeln als OB parteineutral zu agieren. Deshalb habe die NPD im Rat selbstverständlich auch alle ihr

zustehenden Rechte. Die Pflicht zum Handschlag allerdings verletze ihre Persönlichkeitsrechte und Intimsphäre. Wieschke sei nun einmal mehrfach vorbestraft ‚wegen Delikten, die es mir persönlich unmöglich machen, einem solchen Menschen die Hand geben zu wollen‘. Ein Handschlag sei durch den Körperkontakt immer etwas sehr Persönliches. Und es sei, so Wolf, auch das Signal, öffentlich das Willkommen zu signalisieren. ‚Ich persönlich möchte aber da kein Willkommen signalisieren‘. Im übrigen habe Wieschke im Kommunalwahlkampf selbst mit ‚öffentlichen Hassreden gegen meine Person agiert, dass ich es schon deshalb für unzumutbar halte, ihm die Hand geben zu müssen‘.

Unter der Überschrift „Kein Handschlag für Patrick Wieschke“ berichteten „Freies Wort“ und „Südthüringer Zeitung“ (26.11.):

„Die Oberbürgermeisterin habe sich nicht ihrer Pflicht entsprechend verhalten, befindet der Anwalt von Patrick Wieschke – er fühlt sich an das ‚indische Kastenwesen‘ erinnert, in dem es ‚Unberührbare‘ gebe. Und sein Mandant beklagt, dass auf Anschreiben, die er bekomme, der ‚sehr geehrte Herr‘ ebenso fehle wie ‚freundliche Grüße‘ (...)

Die Klage wird als unzulässig abgewiesen, alle Kosten hat der Kläger – Patrick Wieschke – zu tragen. Kommunale Wahlbeamte hätten die Vorschriften, zu denen auch Gleichbehandlung gehöre, einzuhalten, sagt der Vorsitzende Richter. Im persönlichen Verhalten dürfe die Oberbürgermeisterin ihre Grundüberzeugungen zum Ausdruck bringen – „das kann man nicht verbieten“. Außerdem habe „die Handschlagverweigerung keinerlei rechtliche Folgen“.

## Rot-Rot-Grün will Kommunen stärken

Die Kommunen finanziell zu stärken, ist erklärtes Ziel einer künftigen rot-rot-grünen Landesregierung. Für 2015 soll es nochmals eine finanzielle Soforthilfe besonders für Gemeinden mit finanzieller Schieflage geben. Ab 2016 soll der kommunale Finanzausgleich, der die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen regelt, neu gefasst werden. Für die kommunale Soforthilfe sollen große Teile der erwarteten Überschüsse aus dem Haushaltsjahr 2014 verwendet werden, prognostiziert wird eine Summe von etwas mehr als 100 Millionen Euro. Verwendet werden sollen 2015 die Mittel sowohl für Investitionen (z.B. in Schulen) als auch für direkte Hilfen an Kommunen in Not.

Und notleidende Kommunen gibt es in Thüringen zahlreiche. Über 100 der rund 840 Kommunen haben für 2014 immer noch keinen Haushalt. Jede vierte Kommune hat keine Rücklage mehr, jede Zweite konnte nur durch Entnahmen aus den Rücklagen und Vermögensverkauf ihre Haushalte ausgleichen. Rund 50 Kommunen sind finanziell handlungsunfähig und brauchen dringend Landeshilfen. Diese Zahlen zeigen, dass die kommunale Finanzkrise in Thüringen nicht so wie die CDU behauptet, nur Einzelfälle betrifft, sondern als flächendeckend anzusehen ist. MdL Frank Kuschel

## FRAKTION IN AKTION

### Besserer Opferschutz

„Wer Opfer von häuslicher oder sexualisierter Gewalt wird, braucht vor allem verlässliche Hilfsangebote und Auswege aus dem persönlichen Elend“, so Karola Stange, Abgeordnete der Linksfraktion, anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen am 25. November und mit Blick auf den Koalitionsvertrag. Lange blockiert war die Fortschreibung des Maßnahmenplans gegen häusliche Gewalt. Überfällig ist auch, wieder eine Koordinierungsstelle für die vielen Akteurinnen und Akteure, die sich im Gewaltschutz engagieren, einzurichten. „Ich bin zuversichtlich, dass wir beim Schutz von misshandelten Frauen mit einer rot-rot-grünen Regierung weiterkommen“, betonte die LINKE Politikerin und sprach von einem „überfälligen Schritt nach langem Stillstand.“

### „Man mogelt nicht mit den Fragen eines Kindes“

Passagen aus einem Buch, das ihn selbst als Grundschüler im Ethik-Unterricht begeistert hatte, trug der LINKE Landtagsabgeordnete Christian Schaft, der über sein Jugendwahlkreisbüro RedRoXX im Rahmen des 11. bundesweiten Vorlesetages am 21. November angefragt worden war, an der Johannesschule in Erfurt vor. „Papa was ist ein Fremder? – Gespräche mit meiner Tochter“, so der Titel des Sachbuchs von Tahed Ben Jeloun, das der jüngste Landtagsabgeordnete und Kommunikationswissenschaftler im Gepäck hatte. Und die Schülerinnen und Schüler der 3. und 4. Klassen lauschten gespannt.

Dabei kann Christian Schaft bestätigen, was der französische Autor mit marokkanischen Wurzeln gesagt hatte: „Ein Kind ist neugierig. Es stellt viele Fragen und es erwartet präzise und



überzeugende Antworten. Man mogelt nicht mit den Fragen eines Kindes (...) Dieses Buch, das versucht, auf die Fragen meiner Tochter zu antworten, richtet sich an Kinder, die noch keine Vorurteile haben und begreifen wollen. Was die Erwachsenen angeht, die es lesen, so hoffe ich, dass es ihnen helfen wird, die Fragen ihrer eigenen Kinder, oft verstörender, als man glaubt, zu beantworten.“

Auch andere Landtagsabgeordnete der LINKEN hatten sich am Vorlesetag in ihren Wahlkreisen vor allem in Kindereinrichtungen und Schulen beteiligt.